

## 129. Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Verwaltung

1. Rhetorik und Stil in der Verwaltungssprache
2. Rhetorisch-stilistische Aspekte mündlicher Verwaltungskommunikation
3. Zweckbezogene Rhetorik in ausgewählten Verwaltungs-Textarten
4. Sprachliche Dimensionen
5. Kritische Aspekte der verwaltungssprachlichen Rhetorik
6. Literatur (in Auswahl)

### Abstract

*Unlike the languages of law/jurisdiction and political debate, the rhetorical and stylistic features of the language of administration have not been examined in detail so far. Thus, the state-of-the-art is characterized by concerns about impolite, unintelligible and undemocratic language use in (German) administrative texts/discourse as well as a growing demand for language coaching and consulting in public administration. Thus, a look at empirical data will uncover rhetorical instantiations of genus deliberativus, genus iudicialis, and argumentative structures of refutatio and probatio. From a pragmatic angle, most of these rhetorical devices are dysfunctional, especially when communicating with citizens, where maintaining cooperation is an important, yet often underestimated aim. Moreover, the style of administrative language is mostly gained by operating within the symbol field, in particular by using allegorical transformations. Since the agents working in public administration often are unaware of and untrained in rhetoric and stylistics, unpremeditated language use creates even more communicative problems.*

### 1. Rhetorik und Stil in der Verwaltungssprache

Die Sprache der Verwaltung steht als ein Typus der Institutionensprache fachsprachlich der Rechtssprache nahe (Becker-Mrotzek 1999, 1394 ff.; 2001, 1505 ff.; Rehbein 1998a, 660 ff.; Fuchs-Khakar 1987; Gläser 2002). Sie spiegelt wiederkehrende gesellschaftliche Zweckbezüge und situationsbezogene sowie sprecher- und hörerseitige Zielsetzungen wider (Becker-Mrotzek 1999, 1398 ff.), insbesondere als Sprache der öffentlichen Verwaltung in staatlichen Institutionen. Um diese gesellschaftlichen Bedürfnisse in standardisierter und effizienter Form bearbeiten zu können, hat sich eine große Anzahl von Textarten (Anträge, Bescheide, Protokolle, Gutachten, Sachstandvermerke u. a.) und Diskursarten (Datenerhebungs-, Beratungs-, Anhörungsdiskurse u. a.) herausgebildet. Während aber zahlreiche Untersuchungen auch jüngeren Datums zu rhetorischen Fragen für die Sprache des Rechts und des judikativen Handelns vorliegen (Solbach 2003; Weirauch 2005; Gast 2006) und ebenso die Sprache der Legislative und des politischen Handelns intensiv beforscht wird (Pörksen 2002; 2004; Geißner 2005; Kramer 2006), ist die Verwaltungssprache der Exekutive bislang nicht auf ihre rhetorisch-stilistischen Aus-

drucksmittel untersucht worden. Ihre Erforschung dürfte der kritischen Diskussion um sprachliche Effizienz und Bürgernähe neue Impulse geben.

Seit langem wird der Verwaltungssprache vorgeworfen, dass sie schwer verständlich und daher für die Bürger/innen nicht im demokratischen Sinne zugänglich und handhabbar sei (Korn 1962; Radtke 1981; Knoop 1998; Lambertz 1990; 1999; Sechi 2003; Grönert 2000; 2004). Dafür wird – direkt oder mittelbar – ihr ‚Amtsstil‘ verantwortlich gemacht, der durch dichte Nominalkonstruktionen, unpersönliche Formulierungen sowie Fachbegriffe von rechtlicher und verwaltungsspezifischer Bedeutung gekennzeichnet ist (Überblick s. Rehbein 1998, 668–670; Becker-Mrotzek 1999, 1396 f.). Zwar sind mangelnde Höflichkeit und ungenügende Verständlichkeit der Verwaltungssprache zunehmend Gegenstand von Untersuchungen (s. Blaha u. a. 2001; Grönert 2000; 2004; Sechi 2003). Doch was Bürger/innen oft kritisch als ‚Amtsstil‘ bzw. ‚Behördenstil‘ wahrnehmen, stellt aus institutionsinterner Sicht funktionale rhetorisch-stilistische Strukturen dar, die dazu dienen, Vorgänge und Zusammenhänge fachsprachlich prägnant und zweckbezogen zu kennzeichnen (Wagner 1972; Fuchs-Khakar 1987) und die überdies der Verwaltungsinstitution eine stilistisch einheitliche, repräsentative sprachliche Oberfläche geben (s. Ebert 2006, 105–116).

Diese Doppelfunktion rhetorisch-stilistischer Strukturen wird in der linguistischen Pragmatik zumeist so aufgefasst, dass ‚Rhetorik‘ sich auf die Autorensseite bzw. Sprecherperspektive des kommunikativen Anliegens beziehe; in der jüngeren Tradition der ‚Neuen Rhetorik‘ (Perelman 1980; Perelman/Olbrecht-Tyteca 2004) stehen dabei *persuasive Zwecke* und die *Ethik des Argumentierens* im Vordergrund. ‚Stil‘ und ‚Stilistik‘ gelten dem gegenüber als deskriptiv-analytische Kategorie bzw. Disziplin, die die sprachlichen Gestaltungsmittel rezeptionsseitig, also aus der Leser- bzw. Hörerperspektive charakterisieren. Für die Verwaltungssprache könnte so mit Blick auf die agentenseitige Sprecherrolle und Textproduktion von ‚rhetorischen‘ Mitteln gesprochen werden, mit Blick auf die klientenseitige Rezeption der Verwaltungssprache von ‚stilistischen‘ Mitteln. Obwohl damit kritische Aspekte der Verwaltungssprache erfasst werden können, greift eine solche Differenzierung handlungstheoretisch zu kurz. Zudem wird auch in der Linguistik die Differenzierung von ‚Rhetorik‘ und ‚Stil‘ zunehmend problematisiert (Gardt 2003; Sandig 2006, 1–7).

Der ‚Stil‘-Begriff selbst wird in Zusammenhang mit der Sprache der Verwaltung nicht infrage gestellt. In der Fachsprachenforschung allerdings, die in den 1960er-Jahren unter Bezug auf Arbeiten der Prager Schule eine Klassifizierung von ‚Funktionalstilen‘ in den „Gebrauchssprachen“ anstrebte, wurde der Stilbegriff für die Beschreibung und Analyse fachsprachlicher Funktionalität bald als ungenügend angesehen (Hoffmann 1976; v. Hahn 2001). Der Begriff ‚Amtsstil‘ unterstellt demnach keine Funktionalität, sondern ‚Stil‘ im Sinne einer das Verständnis behindernden Ornamentalität.

Eine sprachwissenschaftliche Aufwertung der Kategorie des Stils findet sich in einer wachsenden Zahl text- und gesprächsstilistischer Arbeiten, die u. a. Fachtexte, insbesondere die Medienkommunikation, thematisieren (Spillner 1996; Stickel 1996; Selting/Sandig 1997; Sandig 2006). Dabei werden in einen weiten, pragmatischen Stilbegriff nunmehr – über den stilisierenden Redeschmuck (elocutio) hinaus – Bereiche der klassischen Rhetorik, nämlich Situationseinbettung und die Hörer-/Leser-Orientierung (inventio, dispositio; aptum) integriert (Fix 1992; Sandig 2006). Dieser pragmatische Blick auf Rhetorik und Stilistik eröffnet neue Möglichkeiten einer zweckbezogenen, systematischen Analyse (philosophiegeschichtlich: Knape 2000; sprachwissenschaftlich:

Gardt 2003; Fix 2004). Unter Rückgriff auf die Rhetorik-Tradition werden so ‚rhetorische‘ und ‚stilistische‘ Perspektiven auf die Sprache der Verwaltung unterschieden.

Während das antike System der Rhetorik den ‚Stil‘ noch als eines ihrer Teilgebiete auffasste und die Stilqualitäten (Sprachrichtigkeit, Deutlichkeit, Angemessenheit, Redeschmuck, Kürze) von den Stilarten (schlichter, mittlerer, erhabener Stil) unterschied, entwickelte sich ‚Stil‘ bereits seit dem 17. Jahrhundert zu einem eigenen *rezeptionsästhetischen Begriff*. Das moderne Verständnis von Stil, seine Übertragung auf die bildenden Künste und die Musik, wurden maßgeblich durch G.W.F. Hegels Ästhetik geprägt (s. Gerhardus 2004). Demnach bezieht ‚Stil‘ sich einerseits auf eine ‚Symptom‘-Qualität an dem stilistisch ausgewiesenen Gegenstand, andererseits auf eine – symbolhafte – Ausdrucks- und Gestaltungsweise durch das Subjekt. Das Erzeugen von ‚Stil‘ kann somit als eine spezielle Kunstfertigkeit beim Bearbeiten eines Gegenstands verstanden werden; *rezeptionsästhetisch* tritt diese Bearbeitung als *wiedererkennbare Gestalt* am ‚stilisierten‘ Gegenstand zutage. Die soziolinguistische und ethnographische Analyse fasst ‚Stil‘ daher in Form alltagssprachlicher und intertextueller Merkmalbündel mit identitätsstiftender bzw. gruppenkonstituierender Funktion (s. Selting/Sandig 1997; Jakobs/Rothkegel 2001; Keim 2002). Auch die Behördensprache ist unter diesem Stilbegriff als eine Einheit stiftende „Wahrnehmungsgestalt“ verstehbar (s. Ebert 2006, 105–116). Textlinguistisch können *Gestaltmerkmale* von Textmustern analysiert und kategorisiert werden (s. Fix 1996; Sandig 2006, 51; 53–84). Der stilistische Aspekt der Verwaltungssprache besteht demnach in ihren aus Bürger- und Klientensicht wiedererkennbaren Merkmalen, die einen *gestalthaften Gesamteindruck* vermitteln. Wo diese der Argumentation, der Persuasion und der öffentlichen Meinungs- bzw. politischen Willensbildung dienen, sind sie unter dem Aspekt ihrer rhetorischen Struktur der handlungs- und entscheidungsvorbereitenden Kommunikation erfassbar. In dieser Funktionalität war bereits die antike Rhetorik eine gesellschaftlich ausgearbeitete Disziplin der Fachkommunikation, insbesondere der juristischen und Verwaltungssprache (s. Knappe 2000). Denn rhetorische Mittel können in der verwaltungssprachlichen Fachkommunikation *Überzeugungen herstellen*, die als Basis für das weitere institutionelle Handeln fungieren. Stilphänomene ermöglichen durch eine *übergreifende Gestaltung* das *Konstituieren und Erkennen von Gruppenzugehörigkeit bzw. Identität*, auch einer Verwaltungsinstitution.

## 2. Rhetorisch-stilistische Aspekte mündlicher Verwaltungskommunikation

Empirische Untersuchungen der mündlichen Verwaltungskommunikation liegen in Anbetracht eines zunehmenden Beratungs- und Schulungsbedarfs noch immer nicht in ausreichendem Maß vor (s. Becker-Mrotzek 2001; Sechi 2003; Grönert 2004; Ebert 2006). Speziell zu rhetorisch-stilistischen Eigenschaften der Behördenkommunikation gibt es u.W. keine Untersuchungen. Exemplarisch illustrieren die Transkriptausschnitte B1 und B2 aus einer Anhörung in einem Asylverfahren (Abb. 129.1 und 129.2) stilistische und rhetorische Aspekte der mündlichen Behördenkommunikation. Die Antragstellerin OUM, eine junge afrikanische Frau, spricht Dilou und wird von DOL gedolmetscht. Auf die Frage der Sachbearbeiterin SON nach dem Hergang ihrer Flucht sagte OUM

shik/BK/081/1,2 (afr.frz.)

- 90 SON ((2s)) [Warum hat er Ihnen geholfen]?  
 DOL wo er hingegangen ist.  
*[genervt]*
- 91 OUM ((1,5s)) Hm̃: Mògòmi ka  
 IL-OUM Hm. Die Person, die mich  
 DOL Ko, mouna tschêni ki dêmin?  
 IL-DOL Sie sagt, warum hat dieser Mann dir geholfen?
- 92 SON [Ham Sie  
 OUM n'da ma, aka n'dêmin olé kosson. Hm̃  
 IL-OUM ihm übergeben hat, derentwegen hat er mir geholfen.  
 DOL Hm.  
*[genervt]*
- 93 SON dem Geld bezahlt ödër ((1s)) kānttēn Siē dēn? Wār dās ñ Frēund  
 DOL Ko:: hé...  
 IL-DOL Sie sagt äh...
- 94 SON vōn Ihnēn? Oder was?  
 DOL Ko m'bi gninika, ko tschêmi ki dêmin...  
 IL-DOL Sie sagt, ich soll dich fragen, dass der Mann, der dir

Abb. 129.1: Auszug aus einer Anhörung (nach Rehbein et al. 2001, 10)

unmittelbar zuvor aus, dass auf Initiative eines Bekannten ihr dessen Bekannter geholfen habe zu fliehen. SON erfragt nun im Auszug 129.1 dessen Motive.

Die Nachfrage SONs, „Warum hat er Ihnen geholfen?“ (Partiturfläche 90), ist durch einen gleichförmigen Tonfall gekennzeichnet, der als „genervt“ annotiert wurde. SON wartet die Übersetzung der Antwort nicht ab, sondern setzt mehrere ebenso intonierte Fragen nach, die zugleich schneller gesprochen sind. Die dabei emphatisch betonten Ausdrücke (PFn 92–94: „Geld“, „kannten“, „Freund“) treffen eine Vorauswahl mutmaßlicher Motive des Helfers. Eine solche ‚Fragebatterie‘ schränkt die hörerseitige Suche nach passenden Wissens-elementen für die Antwort ein und dirigiert auf institutionell bewertbare Antwortalternativen. Auch bewirkt das abschließende „oder was?“ weniger eine Einräumung eigener Alternativen, als vielmehr eine Unterstellung, dass OUM und DOL entscheidungsrelevantes Wissen zurückhalten. Solchermaßen inkriminiert dient die Hörerrolle OUMs nicht allein dem Erheben von institutionell entscheidungsrelevantem Wissen, sondern die Sprechsituation wird in ein Zur-Rede-Stellen der Hörerseite transformiert (s. Rehbein 1977, 304 ff.). Handlungssystematisch unterstellt SON demnach bereits eine Fehlhandlung seitens der Asylsuchenden. Die sprachlichen Verfahren der gleichförmig listenden, „genervten“ Intonation und die Einschränkung des Hörerhandelns durch Fragebatterien schaffen den Eindruck eines *Verhörstils*, der sich auch bei den anderen Fragen der Sachbearbeiterin als durchgängige Struktur zeigt, u. a. im völligen Fehlen von Hörersignalen SONs, die Verstehen und Mitkonstruktion anzeigen würden. So dienen die sprachlichen Mittel des Fragemusters der Beschränkung des mentalen Handlungsraums der Verhörten und bewirken einen gestalthaften Gesamteindruck, der es erlaubt, von einem Stilphänomen zu sprechen.

Ein *Protokollstil* liegt im Auszug 129.2 vor, wenn SON den Anhörungsverlauf für die schriftliche Begründung des Asylgesuchs diktiert (Pfn 267–277).



shik/BK/081/1,3 (afr.frz.)

- 259 BDI ((stöhnt))  
DOL de immer darunter unter so/ unter allem ( ), was ich also er-
- 260 DOL lebt habe. ((1,5s)) Und es wäre auch • gut, wenn eh ich äh eine
- 261 SON ((schreibt, 27s)) ((wirft Stift auf den  
DOL Untersuchung • mache.
- 262 SON Tisch)) Was für ne Untersuchung wollen Sie machen?  
DOL Koho,  
IL-DOL Sie sagt,
- 263 OUM N'ton / n'ton béto ka n'dimi,  
IL-OUM Mein Hinterkopf/ mein Hinterkopf tut mir  
DOL ibéfê ko, obiflê gna djoumakané.  
IL-DOL wie möchtest du, dass man dich untersucht.
- 264 OUM kado n'gnana.  
IL-OUM manchmal weh, bis in mein Gesicht.  
DOL Non, ni dotoro / dotoro ni / dotoro eh,  
IL-DOL Nein, wenn der Arzt/ dieser Arzt/ der Arzt äh, wie
- 265 OUM Hmhñ:  
DOL ibéfê kobi iflêdi, dotoro laflêli, oubien. Ja, eine  
IL-DOL möchtest du untersucht werden, eine ärztliche Untersuchung, oder.
- 266 SON ((2s)) Hmhñ.  
DOL ärztliche Unter/ eine ärztliche Untersuchung.
- 267 SON ((bedient Diktiergerät)) (((Zeile, Antwort, Doppelpunkt)))  
[Aufnahme wird abgespielt] [Aufnahme wird abge-
- 268 SON ((bedient Diktiergerät)) "Ich habe nur noch eine: Bitte vorzu-  
spielt [Aufnahme wird abgespielt] [Aufnahme wird abgespielt]
- 269 SON tragen," - Komma - "damit Sie mir helfen." Punkt. ((holt Luft))
- 270 SON "Wie gesagt," - Komma - "ich leide • immer unter der Be-
- 271 SON schneidung," - Komma - "die ich • in der Elfenbeinküste hatte."
- 272 SON Punkt. ((holt Luft)) "Ich leide auch an dem Mißbrauch," - Kom-
- 273 SON ma - "den ich in der Elfenbeinküste erlebt habe." Punkt. ((holt
- 274 SON Luft)) "Es wäre gut," - Komma - "wenn ich eine" ((holt Luft))
- 275 SON "Untersuchung • machen könnte." Punkt. Neue Zeile, "Frage",
- 276 SON Doppelpunkt. "Was für eine Untersuchung meinen Sie?" Neue
- 277 SON Zeile, "Antwort", Doppelpunkt. "Beim Doktor." ((bedient Dik-
- 278 SON tiergerät)) • • • ((bedient Diktiergerät)) Achtung. Dann schrei-
- 279 SON ben Sie jetzt bitte die angekreuzte Schlußsektion, damit ist

Abb. 129.2: Auszug aus einer Anhörung (nach Rehbein et al. 2001, 20f.)

280	SON	das Diktat beendet. Vielen Dank! ((bedient Diktiergerät))
281	SON	((2s)) So, das was ich diktiert habe, wird Ihnen jetzt von dem
282	SON	Dolmetscher nochmal zurückübersetzt. Sie brauchen jetzt nichts
283	SON	mehr sagen, die Anhörung ist beendet, sie unterbrechen bitte
284	SON	den Dolmetscher nur dann, wenn etwas falsch aufgenommen
285	SON	wurde.
	DOL	Ko eh, m' bafô ignana, bon, ila bi entretien bana, quoi.
	IL-DOL	Sie sagt äh, ich soll dir mitteilen, gut, dass deine Anhörung für heute zu En-

Abb. 129.2: Fortsetzung

Für den Stil dieses Verlaufsprotokolls ist charakteristisch, dass es insgesamt die Wiedergabe einer diskursiven Sequenz fingiert, z. B. in Form von Zitaten OUMs mit der Sprecherdeixis „ich“ und der Fragen SONs mit der Hörerdeixis „Sie“. Tatsächlich werden im diktierten Verlaufsprotokoll die Äußerungen OUMs nicht nur ins Deutsche übersetzt, sondern auch das, was OUM schilderte, wird zusammengefasst und so aus den Schilderungen OUMs ein bearbeitbarer Fall gemacht.

Ogleich derartige institutionelle Adaptationen bereits bei der Verdolmetschung stattfinden (z. B. PFn 265, 266, „dotoro laflêli“: „ärztliche Untersuchung“), finden sich beim Übergang der Wiedergabe auf die Agentenseite sozial relevant werdende *Stilbrüche*: SON macht im Diktat aus „ärztliche Untersuchung“ die Antwort „Beim Doktor“ (PF 277). Dabei verwendet sie die Figur der *Metalepse* (s. Lausberg 1990, 147 f.; Burkhardt 2001), mit der der prägnante, fachsprachlich angemessene Begriff durch einen nur teilsynonymen Begriff ersetzt wird, der die Klientin zu einem naiv-ungebildeten Wesen stilisiert.

Die Beispiele zeigen, dass insbesondere das unwillkürliche und unreflektierte Erzeugen von Stil/en und Einsetzen von rhetorischen Mitteln in der mündlichen Verwaltungssprache problematisch sein kann. In 129.1 und 129.2 ist der Stil nicht allein Ausdruck der Gruppenzugehörigkeit SONs als Agentin der Institution, sondern er transformiert auch die Diskursart ‚Anhörung‘ tendentiell in die eines ‚Verhöres‘ und macht für die Klientin aus der demokratisch legitimierten Berechtigung des Asylgesuchs eine Verpflichtung zur Rechtfertigung. Für eine kooperative Kommunikation kann dies unzumutbar sein (Kooperationsbegriff: s. Ehlich 1987). Zudem kann es klientenseitig bei geringen Deutschkenntnissen bzw. Verdolmetschung zu einer zweckmäßigen, persuasiven Rhetorisierung, die dem Anliegen dient, gar nicht kommen. Umso stärker hängt der Erfolg des klientenseitigen Anliegens von der Stilisierung qua Protokoll durch die sachbearbeitenden Agent/inn/en ab.

### 3. Zweckbezogene Rhetorik in ausgewählten Verwaltungs-Textarten

Rhetorisch-stilistische Eigenschaften variieren mit zugrundeliegenden Text- und Diskursarten, da sie deren Zwecke sprachlich umsetzen. Im folgenden behandeln wir exempla-

risch drei verwaltungssprachliche Textarten aus unserem Korpus<sup>1</sup> und in ihnen auftretende rhetorisch-stilistische Elemente: Sachstandvermerk, Gutachten und Bescheid (s. auch Becker-Mrotzek 1997, Becker-Mrotzek/Scherner 2000; Linhart 1996; 2007; Rehbein 1998a).

### 3.1. Sachstandvermerke

Als eine spezielle Form der Aktennotiz ist der *Sachstandvermerk* eine in der Verwaltung ubiquitäre Textart. Er stellt einen systematischen Bestandteil der Verwaltungsakte dar und findet im Vorfeld einer verwaltungsinternen Entscheidung statt. Er betrifft alle Schnittstellen des institutionellen Handelns bei der institutionsinternen und inter-institutionellen Übergabe/Übernahme einer Fallbearbeitung (s. Praxeogramm der Arbeitsabläufe in Verwaltungsinstitutionen in Rehbein 1998a, 663). Trotz seiner zentralen Stellung ist er jedoch bislang offenbar noch nicht eigens untersucht worden.

Der Sachstandvermerk dient der *entscheidungsreifen Darstellung* des Sachstandes für die übernehmende Instanz innerhalb der Verwaltungsabläufe und umfasst folgende Komponenten: (i) den *Dokumentkopf* mit Kürzel der Absender- und der Empfänger-Fachstelle, Datum und Betreff; (ii) den ‚*Sachverhalt*‘, eine knappe Darstellung des Ausgangspunktes, der ein behördliches Handeln erzwingt, für das mindestens zwei Alternativen bestehen; (iii) die ‚*Stellungnahme*‘, in der der mit dem Fall betraute Agent der nächst übergeordneten Instanz eine bestimmte Entscheidung argumentativ nahelegt; (iv) die ‚*Empfehlung*‘, die abschließend eigens eine Konsequenz aus der Stellungnahme formuliert.

Er ist daher keine beschreibende, berichtende bzw. zusammenfassende Textart, sondern enthält argumentative Elemente, die den versprachlichten Sachverhalt auf die empfehlenswerte Entscheidung hin engführen. Wenn der entscheidungsrelevante Gegenstand eine zeitnahe Umsetzung von politisch begründeten Maßnahmen ist und dafür Gelder bereitgestellt werden müssen, ist es z. B. für die Absender-Fachstelle sinnvoll, ihre präferierte Alternative bereits im ‚*Sachverhalt*‘ kenntlich zu machen. Die ‚*Stellungnahme*‘ dient deren argumentativer Herausstellung als zweckmäßig und nützlich. Rhetorisch besteht deshalb eine Nähe zur ‚*deliberativen Gattung*‘ (s. Lausberg 1990), die eine Entscheidung im Sinne des Gemeinwohls beratend herbeiführen soll.

Im Korpus fällt eine große Varianz an Realisierungsformen auf, besonders betreffs einer berichtenden vs. argumentativen Ausgestaltung von Sachverhalt und Stellungnahme. Bei der Platzierung von Argumenten und Schlussfolgerungen fällt auf, dass sie teilweise bereits unter ‚*Sachverhalt*‘ erscheinen. Insgesamt wird der in der Bürgerkommunikation oft kritisierte „Amtsstil“ auch verwaltungsintern eingesetzt.

Beispiel: Auszug aus einem Sachstandvermerk, ‚*Sachverhalt*‘:

„Nach § X des Ausführungsgesetzes zum SGB VIII legt der Senat in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht vor. Für die Vorlage eines Berichtes in der xx. Legislaturperiode müssen alsbald die Vorbereitungsarbeiten beginnen. Dafür ist es erforderlich, den wesentlichen Schwerpunkt des Berichts festzulegen.“

Gegenstand der Entscheidungsempfehlung ist der „Schwerpunkt des Berichts“, der mit dem zusammengesetzten Verweiswort „dafür“ syntaktisch nachgeordnet und so erst spät

erkennbar wird. Der Einstieg mit einer Umstandsbestimmung („Nach...“) bettet den propositionalen Kern „Kinder- und Jugendbericht“ rhematisch tief ein, ist aber als institutioneller Sachverhalt Thema. Propositional und illokativ überflüssige Ausdrücke wie „alsbald“ und syntaktische Matrixkonstruktionen wie „ist es erforderlich“ (statt Modalverbkonstruktion) sind mit *Ornatus-Funktion* eingesetzt. (Der Sachverhalt ist in einem Satz ausdrückbar: „*Der in jeder Legislaturperiode fällige Kinder- und Jugendbericht (s. §, Gesetz) muss vorbereitet werden, ein Schwerpunkt dafür muss festgelegt werden.*“)

Formulierungen wie „zeitgleich wird ... abgestimmt“ fungieren, wenn zuvor kein Zeitpunkt genannt wurde, nur ornamental, nicht präzisierend. Daneben fallen Präsenskonstruktionen mit „werden“ (Vorgangspassiv) und Expletive wie „Es wird vorgeschlagen“ auf, die das Nennen eines Agens der Handlung vermeiden. Diese Formen *zitieren* fachsprachliche Ausdrucksweisen. Im Sachstandvermerk sind sie aber pragmatisch funktionslos, da der sprachlich verschleierte Autor als Agent/in der Institution durch das Kürzel im Dokumentkopf identifizierbar ist und dem Zweck der Textart entsprechend Verantwortung für die vorgetragene Entscheidungsempfehlung trägt. Die fachsprachliche Anleihe ist somit gerade *nicht rhetorisch funktional*, sondern dient lediglich einer *Oberflächen-Stilisierung*, d. h. einem Duktus, der einen fachsprachlichen und amtsmäßigen Eindruck erzeugt, ohne sachlich präzise zu sein.

Stilistische Erwägungen spielen also bei verwaltungsinternen Texten offenbar eine Rolle, werden jedoch völlig losgelöst von rhetorischen Funktionen und pragmatischen Zwecken gesehen. Am Sachstandvermerk zeigt sich exemplarisch, dass ein mangelndes Bewusstsein der deliberativen rhetorischen Qualität der Textart bei den mit ihr befassten Agent/inn/en besteht. Eine umfassende Untersuchung dieser Textart ist daher ein Desiderat.

### 3.2 Gutachten

Gutachten werden von der Verwaltung für Entscheidungen über ein Gebiet der Realität angefordert, für das ihr/e Agent/in, obwohl Entscheidungsträger, selbst kein Experte ist. Umgekehrt werden von Behörden, die in ihrem eigenen Bereich professionalisiert sind, Gutachten für rechtliche Institutionen verfaßt (z. B. für das Familiengericht bei anstehenden Entscheidungen für das Sorgerecht). Solche Gutachten stehen exemplarisch für die gutachterliche Tätigkeit innerhalb der Institution, die für eine weitere Institution auf dem Bearbeitungsweg notwendig wird. Dabei sind die Sachbearbeitenden zugleich die Experten – des Falles und in ihrer beruflichen Qualifikation. Im Praxeogramm behördlicher Institutionen (Rehbein 1998a, 663) wird das Gutachten als „*institutionsinterne Textart*“ und im Fall inter-agentieller Kommunikation (Rehbein 1998b) *vor* der Entscheidung der behördlichen Agenten positioniert. Aufgrund der zunehmenden Diversifizierung des Wissens werden Entscheidungen im Verwaltungshandeln aber häufig nicht innerhalb einer Behörde abgefaßt, sondern von „unabhängigen“ Experten außerhalb, und zwar wenn

- (i) eine Entscheidung konfliktär und nicht einseitig durch die Verwaltungsinstitution zu leisten ist;
- (ii) die erforderliche Expertise nicht durch die Ressourcen der Institution selbst erbracht werden kann;
- (iii) eine mögliche Befangenheit juristisch unterbunden werden muss.

Die *Gesamtallokution* des Gutachtens ist eine positive *oder* negative sprachliche Handlung vom Typ *Aufforderung* (Empfehlung, Rat, Warnung usw.). Diese wird zumeist in den Endabschnitten des Gutachtens formuliert. Gutachten sind nach drei, in sich weiter gegliederten Abschnitten (Sektionen) aufgebaut:

- (i) Fragestellung, Adressat/Auftraggeber, Auftragsrahmen (meist standardisiert);
- (ii) deskriptiv-interpretativer Teil mit (1) Rekonstruktion des Sachverhalts, Reformulierung der Fragestellung (vgl. Bührig 1996); (2) Wissenskonsultation nach expertenbezogenen/professionellen Kategorien; (3) Wissensvermittlung (hinsichtlich (2)) vom Typ Bewertung des rekonstruierten Sachverhalts mit *Einschätzung*;
- (iii) Resümee: (1) Zusammenfassung des deskriptiv-interpretativen Teils mit (2) sprachlichen Handlungen aus dem Bereich des *Aufforderns* wie *Empfehlung*, *Rat*, *Vorschlag* oder *Warnung*, die auf die anstehende Entscheidung und deren Konsequenzen gerichtet sind (zumeist komprimiert am Ende eines Gutachtens).
- (iv) Ubiquitär und nicht an einen spezifischen Ablauf geknüpft kommen Begründungen bzw. Rechtfertigungen sowie Erläuterungen vor.

Die Architektur des Gutachtens ist in großen Abschnitten dem *Muster des Ratgebens* analog (s. Hartog 1996; tabellarisch: Hudec/Lieber, 1997, 121; s. auch Rehbein 1972; Ehlich/Rehbein 1986; Bührig 1996; Hohenstein 2006). Während im deskriptiv-interpretativen Teil (ii) Kategorien und Bewertungen auf die Fragestellung gerichtet sind, werden in Teil (iii) die sprachlichen Handlungen speziell auf den Auftraggeber (hier die Verwaltungsinstanz) als *Rezipienten* hin formuliert.

Gutachten zeichnen sich stilistisch dadurch aus, dass die als Ergebnis erlangte Entscheidung den gesamten Text strukturiert, was in der Gesamtgestalt als stilistischer *Tenor* erkennbar wird. Dieser *Tenor* eines Gutachtens ist davon abhängig, ob die Stellungnahme insgesamt negativ oder positiv ausfällt, also eine *Refutatio* oder eine *Probatio* (s. Staab 2005; Veit 2005) hinsichtlich der anstehenden Entscheidung ist. – Einzelne sprachliche Mittel beeinflussen die konstellationsbedingten subjektiven Kategorien des Handlungsraums beim Rezipienten (Adressaten) unter dem jeweiligen *Tenor Refutatio* vs. *Probatio* entscheidend (vgl. Rehbein 1983):

*Stilistisch-rhetorische Aspekte im deskriptiv-interpretativen Teil (ii):* (a) *Verfahren der Themenprozessierung*, z. B. durchgehende *Relevanz*-Markierungen nach Vordergrund-Hintergrund-Wissen bei der Sachverhaltsrekonstruktion. Hinsichtlich der Verbalisierung der Fragestellung werden themenbezogene Verfahren angewendet, die mit der *Hervorhebung*, *Insinuierung* oder *Hintanstellung* (*Neutralisierung*) von Bewertungen der anstehenden Entscheidungsalternativen und deren Konsequenzen zu tun haben, wie *Akzentuierung*, *Reliefierung*, *Verdeutlichung*, *Verharmlosung*, *Übertreibung* etc. Rhetorisch sind diese Verfahren leserbezogene Persuasionsoperationen (Knappe 2001, 875 ff.), die die *Einschätzung* plausibel machen bzw. begründen. (b) *Verfahren der Autorisierung* des Bezugswissens wie *Absicherung*, *Zitat*, *Kriterienangabe*, *Urteilszitate*, *Belege*, *Exempla* usw. dienen vor allem der Kompetenzsicherung des Gutachters.

Was stilistisch als autoritärer Gestus erscheint, gründet auf rhetorischen Verfahren der *Beglaubigung* der Unabhängigkeit der gutachtenden Person.

*Stilistisch-rhetorische Aspekte des letzten Absatzes (iii):* In den folgenden Beispielen zielen sprachliche Mittel auf die *Überzeugung* (*Persuasion*) der Rezipienten des Gutachtens:

Beispiel für *Probatio*-*Tenor* eines Gutachtens aus der Stellungnahme eines Jugendamtes:

„*Gutachterliche Empfehlung: Aus den eben genannten Gründen entspricht es aus hiesiger Sicht dem Kindeswohl*“ (Matrixkonstruktion bekräftigt die Wissensbasierung; Perspektivierung auf die institutionelle Verwaltungsinstanz), „*dem Antrag von Frau X auf Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge zuzustimmen. Jedoch sollte eine feste Umgangsregelung vor Gericht erörtert und festgelegt werden.*“ (Unpersönliche Formulierung und Modalisierung erhöht die Illokution).

Beispiel für Refutatio-Tenor eines Gutachtens aus einer Mitteilung eines Jugendamtes:

„*Diagnostische Einschätzung des Jugendamtes: A. ist ein traumatisiertes Kind und zeigt in seinem Verhalten die frühkindliche Störung.*“ (Negativ gezeichnetes Bild des Kindes als nicht institutionsangepasstes Wesen realisiert eine *Litotes*-Struktur der institutionellen Selbstbewertung als Negation der Negation; das ‚Bild‘ ist ein Wissensstrukturtyp, vgl. Ehlich/Rehbein 1977).

### 3.3. Bescheide

Der *Bescheid* ist eine zentrale Textart in der *Behörden-Bürger-Kommunikation* (s. Ebert 2006, 138–145; Linhart 2007), die das amtlich-rechtskräftige Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens mitteilt. Die Vorgeschichte eines Bescheids umfasst i. d. R. Sachstandvermerke, Formulare und mindestens ein Gutachten, z. B. eine ärztliche oder psychologische Expertise, wenn es um die Feststellung eines Grades der Behinderung oder einer Berufsunfähigkeit geht. Im Unterschied zum *Beschluss* hat der *Bescheid* Briefform und ist an die Klient/inn/en persönlich adressiert. Der institutionell autorisierte Bescheid schließt die verwaltungsinternen, dem Amtsgeheimnis unterliegenden Verwaltungsabläufe ab (Rehbein 1998a, 663). Als *rechtskräftige* Mitteilung ist er an die juristische Fachsprache gekoppelt. Sein Aufbau reflektiert den doppelten Zweck, eine rechtskräftige Entscheidung *juristisch korrekt mitzuteilen* und klientenseitig deren *Akzeptanz herbeizuführen*. Die Notwendigkeit gleichzeitiger Umsetzung des *juristischen* wie des *kooperativen Zweckes* gelingt oft nicht und führt bei den Verwaltungsangestellten zu einem hohen Beratungsbedarf (Linhart 1996; 2007; Ebert 2006; Fisch/Margies 2007). Die Problematik ist fundamental mit rhetorisch-stilistischen Eigenschaften verknüpft. Im folgenden Beispiel hat die Klientin eine Gehbehinderung, die bereits mit einem Grad der Behinderung von 80 („GdB von 80“) anerkannt ist. Aufgrund zusätzlicher gesundheitlicher Beschwerden beantragte sie eine Höhereinstufung, die abgelehnt wurde. Sie machte ihr Recht auf Widerspruch geltend; dieser wurde seinerseits mit folgender Begründung abgelehnt.

„*Die Voraussetzungen für die Annahme einer erheblichen Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr infolge einer behinderungsbedingten Einschränkung des Gehvermögens sind als erfüllt anzusehen, wenn auf die Gehfähigkeit sich auswirkende Funktionsstörungen der unteren Gliedmaßen und/oder der Lendenwirbelsäule bestehen, die für sich einen GdB um wenigstens 50 bedingen. Diese Voraussetzung liegt bei Ihnen nicht vor. Eine erhebliche Gehbehinderung kann daher nicht festgestellt werden.*“

Der komplexe erste Satz könnte bis zum ersten Komma zunächst als positiver Bescheid gelesen werden, weil die logische Abfolge von Protasis (dem „wenn“-Teilsatz) und Apodosis (dem Folgeteilsatz) für rhetorische Zwecke vertauscht wurde: So kann an das Nen-

nen der Bedingung unmittelbar die Aussage ihres Nichtzutreffens angeschlossen werden. Sie dient dann als Prämisse für die negative Schlussfolgerung. Mit diesem *rhetorischen Argumentationsschema* des *Epicheirems*, das auf der logischen Struktur des Syllogismus basiert, kann zwar eine Schlussfolgerung gezogen werden (s. Lausberg 1990, 200; Klein 1994), eine Akzeptanz lässt sich so aber schwer herstellen. Da die rhetorische Form einem Glaubwürdigkeitsbeweis im Sinne einer *Refutatio* dient (Staab 2005), wird die Antragstellerin sprachlich als abzuschmetternde juristische Gegnerin behandelt, nicht aber in ihrem Anliegen ernst genommen. Dies entspricht der Beweisführung gegen den Angeklagten vor Gericht, also der ‚judizialen Gattung‘ des Argumentierens in der aristotelischen Rhetorik (s. Lausberg 1990, 85–123). Der Text des Widerspruchsbescheids ist auf diese Weise stilistisch nach dem Muster einer Textart strukturiert, die gerade nicht der Kooperation dient. In besonderem Maße unterminiert ein Widerspruchsbescheid das Kooperationsprinzip der Kommunikation, wenn der/die Empfänger/in des Bescheids rhetorisch angegriffen wird und so die bestehende materiale Kooperation tendenziell zugunsten eines Kampfmodells aufgegeben wird (s. Ehlich 1987). Hier werden oft Mittel der *Herabsetzung* und der *Reiectio* (s. Bildstein 2005), der Abqualifizierung vorgebrachter Gründe als irrelevant, nicht gescheut.

Die Mittel der *Reiectio* und der *Herabsetzung* zeigen deutlich eine höhere Gewichtung des juristischen Zwecks durch die Verwaltungsangestellten als der kundenbezogenen Kooperation. Beim Verfassen des Bescheids führt dies zu einem *juristischen Stil*, der mit rhetorischen Mitteln im Sinne einer *Refutatio* arbeitet. Die am *judizialen Argumentationsstil* orientierte Begründung kann jedoch die Abhängigkeit der klientenseitigen Lebenssituation von der Entscheidung nicht angemessen würdigen. Eine nur „bürgernähere“ stilistische Gestaltung durch höfliche persönliche Adressierung und eingefügte Erläuterungen von Fachbegriffen kann diesem grundlegenden rhetorisch-stilistischen Problem nicht abhelfen.

## 4. Sprachliche Dimensionen

Bereits die Textarten-Benennung in der Sprache der Verwaltung weist rhetorisch-stilistische Strukturen des Nominalstils auf (Korn 1962; Ehrich 1977). Zwei Formen sind zentral:

- (i) Wortbildung aus einem Verb, indem der Handlungsausdruck auf sein Symbolfeld (i. S. Bühlers 1934) reduziert wird (‚Bescheid‘, ‚Beschluss‘, ‚Gutachten‘, ‚Stellungnahme‘);
- (ii) Komposition aus nominalen Bestandteilen (‚Sachstandvermerk‘, ‚Beschlussprotokoll‘, ‚Widerspruchbescheid‘).

Der verbale Handlungsbezug, der etwa in „dem Bescheiden“ als Verlaufsform bzw. resultativ in einer Nominalbildung auf „-ung“ noch gegeben ist, wird dabei getilgt. Eine Komposition nach (ii) spezifiziert die Zuordnung zu einer Instanz des verwaltungsinternen Ablaufs im ersten Bestandteil, während der zweite Bestandteil die Textart benennt. Gemeinsam ist den Textartenbenennungen, dass die Nominalisierung der im Text niedergelegten Handlung den jeweiligen Sprechhandlungszweck der Textart neutralisiert: er wird *propositional* genannt, eine aus der Textart systematisch folgende Anschlusshandlung,

d. h. eine Basisillokution des Textes wird jedoch nicht vorstrukturiert. Diese ‚Rhetorik der Verallgemeinerung‘ sieht von der Partizipation konkreter Hörer und Sprecher in einem gemeinsamen Handlungsprozess ab und leistet eine Abstraktion von den je spezifischen Kommunikationszwecken. In dieser Ent-Partikularisierung ist ein Desinteresse am Einzelfall versprachlicht, das zugleich gerade die demokratische Ausrichtung auf das „Gemeinwohl“ widerspiegelt, an dem Klient/inn/en wie Agent/inn/en der Institution partizipieren.

Das *Symbolfeld der Sprache*, das nach Bühler (1934) durch nennende sprachliche Prozeduren gekennzeichnet ist, ist für den Stil der Verwaltungssprache wesentlich verantwortlich. Denn in den *nennenden* Prozeduren des Symbolfeldkerns z. B. in Nomen, Verben, Adjektiven, Präpositionen (bzw. in deren *lexikalischen* Bestandteilen) wird ein Element der Wirklichkeit versprachlicht, das dadurch aus seiner situationellen Bindung ablösbar und durch andere Aktanten, die über die Benennung verfügen, identifizierbar wird. Wenn also in einem Diskurs oder Text eine nennende Prozedur verwendet wird, werden Hörer/Leser dadurch normalerweise in die Lage gesetzt, aufgrund ihres Wissens das benannte Element der Wirklichkeit zu finden (Rehbein 1998b; Rehbein/Kameyama 2004).

Die Symbolfeldausdrücke der Verwaltungssprache zeichnen sich durch einen Bezug auf vorgängige juristische oder Verwaltungstexte aus, in denen die Realität typenhaft erfasst und als institutionsspezifisches Wissen kanonisch-normativ an Phrasen, Wortgruppen, Ausdrücke, kurz, an eine *Sprachform* gebunden wird. In diesem Sinn werden die meisten Symbolfeldausdrücke der Verwaltungssprache (lediglich) re-instantiiert (*applikative Vertextung*, s. Rehbein 1998a). Diese Bindung des Wissens an die Formseite der Sprache drückt sich u. a. in einer reichen *Morphologie* aus, in der systematische Qualitäten des Deutschen (wie die Aspekte in Vor- und Endsilben) sowohl sprachgeschichtlich reaktiviert als auch innovativ geprägt (Wortbildung) und für den jeweiligen Texteinbau funktionalisiert werden. Der eigentliche Symbolfeldkern gewinnt in der applikativen Vertextung eine *Konzeptqualität höherer Stufe*. Morphosyntaktische Veränderungen am Symbolfeld sind:

- (1) *Nominalisierung*, bei der *operative Prozeduren*, wie z. B. die Vorsilben *Ver-*, *Be-* bzw. die Endsilben *-ung*, *-nahme* auf den Symbolfeldkern zugreifen, ihn aspektuell qualifizieren und das typenhafte Wissen an ihm markieren (*Bezuschussung*, *Inangriffnahme*), sowie *Attribuierung/Adverbialisierung*;
- (2) *Komposition*, d. h. Komprimierung komplexer Sachverhalte durch Zusammensetzung von Nomina, indem Ausdrücke aus mehreren Wissensbereichen zu einem neuen komplexen Ganzen komponiert werden (Zusammensetzungen mit nominalisierten *zu*-Supinum-Konstruktionen wie *Betriebskostenvorauszahlungsbetrag* (‘ein Betrag der Betriebskosten, der vorausbezahlen ist’), nominalisierte passivähnliche Konstruktionen: *Erwerbsminderungsgrad* (‘Grad, um den der Erwerb gemindert wurde’ etc.).
- (3) *Funktionsverbgefüge* (‘Funktionsverben’, s. Polenz 1963), die einen nominal benannten Handlungsaspekt enthalten (zu *Protokoll nehmen*, *in Kraft treten*, *in Kenntnis setzen*, *Genehmigung erteilen*, *Antrag stellen* usw.);
- (4) *formelhafte Präpositionalphrasen* wie die Skalierung *in Höhe von 100 €*, die *100 €* nicht mit direktem Bezug auf eine außersprachliche Nummerierung, sondern nach einer Normskala klassifiziert und mit *in Höhe von* applikativ vertextet; komplexe Präpositionalphrasen wie *mit Bezug auf*, *hinsichtlich* + *N.Gen.*, *aufgrund* + *N.Gen.*, *angesichts* + *N.Gen.* *haben*, *vor diesem Hintergrund*, *in diesem Zusammenhang* u. ä.



fungieren als ein Typ von *Konnektivität* (vgl. Rehbein/Hohenstein/Pietsch 2007; Bührig/House 2007);

- (5) *Ketten von Nomina, Präpositionalphrasen und Genitiv-Attribute* (s. Schmidt 1993) ersetzen Nebensatzkonstruktionen, die im Finitum deiktische Prozeduren enthalten; so wird ein komplexer propositionaler Gehalt weniger durch komplexe Prädikationen, als durch Attribution realisiert;
- (6) *adjektivische bzw. adverbiale Verwendung* zeitlicher, örtlicher, relationaler oder sonstiger u. U. wieder komponierter Bestimmungen, etwa in *die seinerzeitige Genehmigung, die einzelarbeitsvertraglich vereinbarten Vergütungen*, usw.;
- (7) Symbolfeldausdrücke, die in *sprachliche Formeln* eingebaut sind bzw. den Charakter fester sprachlicher Formeln gewinnen und operative Prozeduren in sprachlichen Formeln wie unpersönliche Reflexiva in *es empfiehlt sich* bzw. der Konjunktiv in *sollte berücksichtigt werden*. In formelhaften Konstruktionen werden attributive Partizipiale (Gerundiva) mit teilweise vielfältiger Rektion verwendet: *Die zu beantragende Ermäßigung* usw.

Für viele Symbolfeldausdrücke ergibt sich so eine Entwicklungslinie, die von allgemeiner Rezipierbarkeit zu einer agentenseitig-professionalisierten Verständlichkeit führt. Ein solcher Prozess ist funktional-pragmatisch als eine stufenweise *Verschiebung innerhalb des Symbolfeldes* (als *feldinterne Feldtransposition*, s. Ehlich 1994) anzusehen:

*Locus communis (Stufe I)*: Symbolfeldausdrücke mit nennenden Prozeduren werden im Rahmen sprachlicher Formeln gebraucht, ihre Verkettungen und formelhafte Konstruktionen sind als *loci communes*, themengebundene Fügungen (Lausberg 1979, 130) auch den Klienten der Verwaltung verständlich (s. Coulmas 1981; Peters 1983; Feilke 1996; Wray 2002).

*Verschiebung zum Kollektivbegriff (Stufe II)*: Die Symbolfeldausdrücke werden durch eine *applikative Vertextung* einem Prozess *intertextueller Konzeptualisierung* unterworfen, durch den die Symbolfeldkerne zu generalisierenden Konzepten bzw. zu Kollektivbegriffen „angehoben“ werden.

*Allegorese (Stufe III)*: die in den Symbolfeldausdrücken steckenden Kollektivbegriffe verselbständigen sich als sprachliche Form eines Gedanken; dabei wird der (Fach-)Begriff selbst zum Objekt; hier wirken die skizzierten morphosyntaktisch basierten operativen Teilprozeduren auf die *Verfestigung* des Begriffs zu einer in sich geschlossenen, durch Paraphrase kaum akzessiblen Größe. Dieser Vorgang läßt sich näherungsweise als ‚Allegorese‘ von Symbolfeldausdrücken bezeichnen. Allegorische Symbolfelder sind keine Metaphern im Sinne Lakoff/Johnsons (1981). Die Allegorese verleiht dem Verwaltungsstil etwas Kognitives und führt zu einer „Neuerzeugung realer Sachverhalte“ aufgrund einer paradoxen Abschottung des Wissensbereichs gegenüber der Realität. So entwickeln die abstrakt gewordenen Kollektivbegriffe der zweiten Verschiebungsstufe mehr und mehr die stilistische Kraft, das im textapplikativen Bezug formelhaft gebundene Wissen anderen Konstellationen des Handelns zu implementieren und diese neu zu organisieren (vgl. Wray 2002, 89 f.). Auf diese Weise stellt die Verwaltungssprache einen Stil eigener Qualität dar, der auch von anderen gesellschaftlichen Bereichen importiert werden kann (Rehbein 1983) und erklärt partiell, was oft pauschal ‚Register‘ genannt wird.

Es ergibt sich ein Agent-Klient-Stil-Gefälle: Für die *Agent/innen* der Institutionen fungieren die Symbolfeldausdrücke als intertextuelle Kollektivbegriffe auf Stufe II. Für die nicht-professionellen *Klient/innen* dagegen haben die komplexen Symbolfeldausdrü-

cke die stilistische Funktion einer *Allegorese* (Stufe III): Sie können das mit den nennen- den Prozeduren verbundene Wissen nicht auffinden, es erscheint als undurchdringlich, weil die Symbolfeldausdrücke einen großen Interpretationsspielraum haben (zum tradi- tionellen Interpretationsaufwand bei der Allegorie s. RGG 1957).

## 5. Kritische Aspekte der Stilistik und Rhetorik der Verwaltungssprache

Die exemplarisch analysierten stilistisch-rhetorischen Eigenschaften der Verwaltungs- sprache werfen ein neues Licht auf den Problembereich der Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden. Obgleich eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Publikationen, oft in enger Zusammenarbeit mit einzelnen Behörden diesen bearbeitet (Grönert 2000; 2004; Fluck/Blaha 2004; Ebert 2006), lässt sich unter stilistisch-rhetorischer Perspektive das Fazit ziehen, dass die wahrnehmbare stilistische Gestalt nicht automatisch eine auch rhetorisch zweckmäßige Textstruktur nach sich zieht.

In der Textart ‚*Bescheid*‘ ist die Kommunikation mit Bürger/inne/n als Klient/inn/en stilistisch (noch immer) stark von der ‚judizialen Gattung‘ der Rhetorik (s. Lausberg 1990, 85–123) geprägt. Die Agent/inn/en der Verwaltungsinstitutionen zitieren Formen der Rechtssprache, ohne in einem judikativen Handlungszusammenhang zu stehen und erzeugen einen *juristischen Stil*, der dem Zweck der Vermittlung von Informationen nicht mehr gerecht wird. Sprachlich werden so die Empfänger/innen des Bescheids tendenziell zu Angeklagten und Gegnern der Behörde. In der ‚*Anhörung*‘ im Asylverfahren verschärft sich dies zu einem *Verhörstil*. Im Verlaufsprotokoll kann stilistisch und rhetorisch ein Eindruck von der/dem Asylsuchenden erzeugt werden, der deren Anliegen diminutiv verspricht und ihnen daher nicht dient.

Die Textarten ‚*Sachstandvermerk*‘ und ‚*Gutachten*‘ beziehen sich unterstützend auf *Entscheidungsprozesse* innerhalb der Verwaltung. Insofern gehören sie rhetorisch der ‚de- liberativen Gattung‘ an (s. Lausberg 1990, 123–129). Sie arbeiten stark mit *rhetorischen Mitteln*, die eine *Persuasionsoperation* (s. Knappe 2003) im Hörer-/Leserseitigen Wissen aus- lösen. Das Problem in diesen beiden Textarten ist vor allem das *argumentative* Betreiben einer umsetzbaren und dem Gemeinwohl entsprechenden Entscheidung. Die großen for- malen und rhetorisch-stilistischen Unterschiede in Sachstandvermerken machen deutlich, dass hier ein Schulungs- und Reflektionsbedarf neben dem grundständigen Forschungs- bedarf besteht. Formulierungsdatenbanken mit Textbausteinen sind dafür keine Lösung, denn sie führen nicht zu einer Umorientierung auf die Handlungserfordernisse. Eine pragmatisch verstandene Rhetorik jenseits sophistischer Patentrezepte könnte eine sol- che Umorientierung und Reflektion der sprachlich umzusetzenden Zwecke ermöglichen und die agentenseitigen und klientenseitigen sprachlichen *Handlungsmöglichkeiten* ent- scheidend erweitern.

*Wir danken der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Han- sestadt Hamburg, Herrn Jürgen Bock und Herrn Amtsleiter Uwe Riez für die vertrauens- volle Zusammenarbeit und die Überlassung eines umfangreichen Textkorpus.*

## 6. Literatur (in Auswahl)

- Bundesverwaltungsamt – Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik (BBB) (Hrsg.) (2002): BBB-Arbeitshandbuch „Bürgernahe Verwaltungssprache“. Köln. [Zugriff 9. 12. 2007, <http://www.bund.de/nn>].
- Becker-Mrotzek, Michael (1997): Sprachliche und kommunikative Aspekte von Umweltgutachten. In: Manfred Kerth (Hrsg.): Gutachten im Umweltbereich. Berlin, 47–75.
- Becker-Mrotzek, Michael (1999): Die Sprache der Verwaltung als Institutionensprache. In: Hoffmann u. a. (1999), HSK 14.2, 1391–1402.
- Becker-Mrotzek, Michael/Maximilian Scherner (2000): Textsorten in der Verwaltung. In: Klaus Brinker u. a. (2000), HSK 16.1, 628–641.
- Bildstein, Käthe (2005): Relectio. In: Ueding (2005), Bd. 7, 1113–1115.
- Blaha, Michaela u. a. (2001): Verwaltungssprache und Textoptimierung. In: Muttersprache 4, 289–301.
- Brinker, Klaus u. a. (Hrsg.) (2000/2001): Text- und Gesprächslinguistik: ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin/New York (HSK 16.1/HSK 16.2).
- Bührig, Kristin/Juliane House (2007): „So, given this common theme ...“: Linking constructions in discourse across languages. In: Rehbein/Hohenstein/Pietsch (2007), 349–368.
- Burkhardt, Armin (2001): Metalepsis. In: Ueding (2001), Bd. 5, 1087–1099.
- Ebert, Helmut (2006): Handbuch Bürgerkommunikation. Berlin.
- Ehlich, Konrad (1987): Kooperation und sprachliches Handeln. In: Frank Liedtke/Rudi Keller (Hrsg.): Kommunikation und Kooperation. Tübingen, 19–32.
- Ehlich, Konrad (1994): Funktionale Etymologie. In: Gisela Brünner/Gabriele Graefen (Hrsg.): Texte und Diskurse. Opladen, 68–82.
- Ehrich, Veronika (1977): Zur Syntax und Semantik von Substantivierungen im Deutschen. Kronberg/Ts.
- Feilke, Helmuth (1996): Sprache als soziale Gestalt. Frankfurt/M.
- Fisch, Rudolf/Burkhard Margies (2007): Projekt „Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“, [Zugriff 9. 12. 2007, <http://www.foev-speyer.de/Amtsdeutsch/>].
- Fix, Ulla (1996): Gestalt und Gestalten. Von der Notwendigkeit der Gestaltkategorie für eine das Ästhetische berücksichtigende Stilistik. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft NF VI, 308–323.
- Fix, Ulla (2004): Stil gibt immer etwas zu verstehen. Sprachstile aus pragmatischer Perspektive. In: Der Deutschunterricht. Jg. LVI, Heft 1/04, 41–50.
- Fluck, Hans-Rüdiger/Michaela Blaha (2004): Ein Leitfaden zur bürgernahen Verwaltungssprache. [Zugriff 9. 12. 2007, <http://www.bochum.de/personalamt/einfachesschreiben.pdf>].
- Fuchs-Khakar, Christine (1987): Die Verwaltungssprache zwischen dem Anspruch auf Fachsprachlichkeit und Verständlichkeit. Tübingen.
- Gardt, Andreas (2003): Rhetorik und Stilistik. Ihre Aufgaben in der Sprachwissenschaft. In: Angelika Linke/Hanspeter Ortner/Paul R. Portmann-Tselikas (Hrsg.): Sprache und mehr. Ansichten einer Linguistik der sprachlichen Praxis. Tübingen, 381–399.
- Gast, Wolfgang (2006): Juristische Rhetorik. 4., neu bearb. und erw. Aufl. Heidelberg u. a.
- Geißner, Hellmut (2005): Demokratie und rhetorische Kommunikation. St. Ingbert.
- Gerhardus, Dietfried (2004): Stil. In: Jürgen Mittelstraß (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie. Bd. 4. Stuttgart/Weimar, 94–97.
- Gläser, Rosemarie (2002): Bürgerferne Verwaltungssprache in den ostdeutschen Bundesländern. In: Lars Eriksen/Karin Luttermann (Hrsg.): Juristische Fachsprache. Münster u. a., 77–94.
- Grönert, Kerstin (2000): „Ist zwar verständlich, aber ...“ [Zugriff 9. 12. 2007, <http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Pressestelle/dokumente/fomag/fomag25.pdf>].
- Grönert, Kerstin (2004): Verständigung und Akzeptanz in der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung. Bielefeld.
- Hartog, Jennifer (1996): Das genetische Beratungsgespräch. Tübingen.
- Hoffmann, Lothar/Hartwig Kalverkämper/Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.) (1998/1999): Fachsprachen: ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. 2 Bde. Berlin/New York (HSK 14.1/HSK 14.2).

- Hohenstein, Christiane (2006): Erklärendes Handeln im Wissenschaftlichen Vortrag. München (Studien Deutsch, 36).
- Hudec, Barbara/Manfred Lieber (1997): Neue Entwicklungen bei der Tätigkeit des Umweltgutachters. In: Manfred Kerth (Hrsg.): Gutachten im Umweltbereich. Berlin, 119–133.
- Jakobs, Eva-Maria/Annely Rothkegel (Hrsg.) (2001): Perspektiven auf Stil. Tübingen.
- Keim, Inken (Hrsg.) (2002): Soziale Welten und kommunikative Stile. Tübingen.
- Klein, Josef (1994): Epicheirem. In: Ueding (1994), Bd. 2., 1251–1258.
- Knape, Joachim (2000): Allgemeine Rhetorik. Stuttgart.
- Knape, Joachim (2003): Persuasio. In: Ueding (2003), Bd. 6, 874–907.
- Knoop, Ulrich (1998): Kritik der Institutionensprache am Beispiel der Verwaltung. In: Hoffmann/Kalverkämpfer/Wiegand (1998), Bd. 1, 866–874.
- Korn, Karl (1962): Sprachen der verwalteten Welt. Erw. Ausg. München.
- Kramer, Olaf (Hrsg.) (2006): Rhetorik der Debatte. Tübingen.
- Lakoff, George/Mark Johnson (1981): Metaphors We Live By. Chicago u. a.
- Lambertz, Thomas (1992): Bürger, Sprache, Verwaltung. In: DST-Beiträge zur Kommunalpolitik 13, 13–17.
- Lambertz, Thomas (1999): Medium Sprache in der öffentlichen Verwaltung. In: Michael Becker-Mrotzek/Christine Doppler (Hrsg.): Medium Sprache im Beruf. Tübingen, 143–160.
- Lausberg, Heinrich (1990): Handbuch der literarischen Rhetorik. 3. Auflage. Stuttgart.
- Linhardt, Helmut (1996): Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung. München.
- Linhardt, Helmut (2007): Der Bescheid. Form, Aufbau und Inhalt. 3., aktual. Aufl. Heidelberg u. a.
- Perelman, Chaim/Lucie Olbrechts-Tyteca (2004): Die neue Rhetorik. Stuttgart/Bad Cannstatt.
- Pörksen, Uwe (2004): Was ist eine gute Regierungserklärung? Grundriß einer politischen Poetik. Göttingen.
- Radtke, Ingulf (Hrsg.) (1981): Der öffentliche Sprachgebrauch. 2 Bde. Stuttgart.
- Rehbein, Jochen (1983): Zur pragmatischen Rolle des Stils. In: Barbara Sandig (Hrsg.): Stilistik. Bd. I: Probleme der Stilistik. Hildesheim u. a., 21–48.
- Rehbein, Jochen (1998a): Die Verwendung von Institutionensprache in Ämtern und Behörden. In: Hoffmann/Kalverkämpfer/Wiegand (1998), Bd. 1, 660–674.
- Rehbein, Jochen (1998b): Austauschprozesse zwischen unterschiedlichen fachlichen Kommunikationsbereichen. In: Hoffmann/Kalverkämpfer/Wiegand (1998), Bd. 1, 689–710.
- Rehbein, Jochen u. a. (2001): Behördenkommunikation – Diskursdokumentation. Teil II. Hamburg. (Arbeitspapier Nr. 16, Sprache der Höflichkeit in der interkulturellen Kommunikation).
- Rehbein, Jochen/Christiane Hohenstein/Lukas Pietsch (eds.) (2007): Connectivity in Grammar and Discourse. Amsterdam, Philadelphia.
- RGG (1957): Allegorie/Allegorese. In: Kurt Galling (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Bd. 1. Tübingen.
- Sandig, Barbara (2006): Textstilistik des Deutschen. Berlin/New York (de Gruyter Studienbuch).
- Sechi, Silvia (2003) Verständlichkeit und Höflichkeit in der deutschen Verwaltungssprache der Gegenwart. Bochum.
- Selting, Margret/Barbara Sandig (Hrsg.) (1997): Sprech- und Gesprächsstile. Berlin u. a.
- Solbach, Markus (2003): Politischer Druck und richterliche Argumentation. Frankfurt/M. u. a.
- Spillner, Bernd (Hrsg.) (1996): Stil in Fachsprachen. Frankfurt/M.
- Staab, Gregor (2005): Refutatio. In: Ueding (2005), Bd. 7, 1109–1113.
- Stickel, Gerhard (Hrsg.) (1996): Stilfragen. Berlin/New York.
- Ueding, Gert (Hrsg.) (1992 ff): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Tübingen.
- Veit, Walter (2005): Probatio. In: Ueding (2005), Bd. 7, 123–130.
- Weirauch, Carolin (2005): Juristische Rhetorik. Berlin.
- Wray, Alison (2002): Formulaic Language and the Lexicon. Cambridge.

*Christiane Hohenstein, Winterthur (Schweiz)  
und Jochen Rehbein, Ankara (Türkei)*